

Nr. 5.1.1.01

Schreiben Erich Ludendorffs an den Preußischen Minister für Handel und und Gewerbe und Reichswirtschaftsminister

Schreiben

Bearbeitet von: Sebastian Knake

Fundort: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA) I. HA Rep. 120 /C XIII 1, Nr. 4 adh. 3,
Bd. 1

Formalia:

Regest:

Das Schreiben Erich Ludendorffs an Reinhold von Sydow entstand im Kontext politischer Umbrüche und diplomatischer Friedensbemühungen im Spätsommer und Herbst 1917. Ludendorff stand als eigentlicher Leiter der Obersten Heeresleitung nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg im Juli 1917 auf dem Zenit seiner Macht. Gleichzeitig hatte im Reichstag die Zentrumsparterie unter Führung von Matthias Erzberger eine neue Koalition mit gemäßigten Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei ins Leben gerufen. Am 19. Juli verabschiedete diese Koalition die Friedensresolution des Reichstages, die einen Verständigungsfrieden postulierte. Auf die Friedensresolution bezugnehmend, übergab Papst Benedikt XV am 15. August 1917 den Krieg führenden Staaten seine Friedensnote Dè le début, in der er ebenfalls für einen Verständigungsfrieden eintrat. Im Kontext der päpstlichen Note entwickelten sich im August und September 1917 verschiedene diplomatische Initiativen und Kontakte zwischen den Mittelmächten und der Entente, die jedoch letztlich scheiterten.¹

Als unnachgiebiger Verfechter eines Siegfriedens und weitreichender annexionistischer Pläne stand Ludendorff den genannten Friedensinitiativen ablehnend gegenüber. In der vorliegenden Quelle kommt diese ablehnende Haltung im Kontext der Handelspolitik zum Ausdruck, wobei der von Ludendorff dargestellte enge Zusammenhang zwischen dem Außenhandel und der militärischen Stärke Deutschlands besonders interessant ist. Schließlich steht diese Aussage unter Anderem im Gegensatz zur von Ludendorff gleichzeitig initiierten Propagandakampagne, die die innere Stärke Deutschlands betonte. Seine Skepsis gegenüber einem vertraglich abgesicherten Zugang zum Weltmarkt hängt in erster Linie damit zusammen, dass er von vornherein nicht mit einem dauerhaften Frieden rechnete. Unter dem Eindruck der britischen Blockade wollte er stattdessen die Voraussetzungen dafür schaffen, den Zugang zum Weltmarkt auch in einem zukünftigen Krieg aufrechterhalten zu können. Ludendorff selbst hatte einige Wochen zuvor im Kronrat seine eigene Version dieser festen Garantien vorgestellt, die seiner annexionistischen Grundlinie entsprach.

Unsere militärische Stärke nach dem Kriege wird im entscheidenden Maße von unserer finanziellen Kraft abhängen. Diese wird um so größer sein, je schneller und vollständiger es uns gelingt, unseren Außenhandel wieder aufzurichten. Ohne starken Außenhandel würden wir also militärisch schwach und unseren Gegnern auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein.

Es ist daher wohl kein Zweifel, daß eine der wichtigsten Aufgaben beim Friedensschluß die Wiederaufrichtung unseres Welthandels sein wird.

1 Stevenson, Failure.

Abmachungen und Verträge über "offene Türen"², "wirtschaftliche Gleichberechtigung" oder "Meistbegünstigung" allein genügen m.E. auf keinen Fall. Das Ziel unserer Gegner war bei Kriegsbeginn die Vernichtung unserer Weltmachtstellung; es ist ihnen im Kriege gelungen, unseren Außenhandel fast restlos zu zerstören. Sie werden uns das Gewonnene nicht freiwillig zurückgeben. Wir müssen uns daher feste Garantien auf wirtschaftlichem, maritimem und kolonialem Gebiet schaffen. Ohne solche Garantien ist bei den Abmachungen³ innerhalb des Bunde unserer Feinde und bei der allgemeinen Verhetzung gegen alles Deutsche ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht gewährleistet, mag das Können und die Tüchtigkeit der deutschen Erwerbsstände noch so groß sein.

Ich darf bei der Bedeutung, die diese Fragen auch für die zukünftige militärische Stärke Deutschlands haben, ergebenst bitten, mir mitzuteilen, welche Art Garantien zur Wiederaufrichtung unseres Welthandels für erforderlich gehalten werden.

I. A.

Ludendorff [handschr. Unterschrift]

[Dazu am linken Rand handschriftlich:]

Feste Garantien können außer durch Abmachungen nur durch die Stärke unseres Gewerbes u. unserer Industrie geschaffen werden. Es kommt also darauf an, diese durch staatliche Eingriffe u. staatswirtschaftliche Experimente⁴ nicht zu schwächen, sondern für uns den freien durch staatliches Wirken nicht beschränkten [...(?)] [unleserlich, verm. „Wettbewerb“] offen zu halten.

2 der Begriff „offene Türen“ bezieht sich auf die US-amerikanische außenpolitische „Open-Door-“ Politik. Open Door wurde in den USA Ende des 19. Jahrhunderts als Alternative zu den kolonialen Ambitionen europäischer Mächte entwickelt. Das Konzept beinhaltete informelle oder formelle Vereinbarungen, die den Vertragsstaaten den gleichberechtigten Zugang zu bestimmten Märkten garantierte. Der US-Präsident Woodrow Wilson erweiterte dieses Konzept und rückte sie ins Zentrum seiner Ideen für eine Nachkriegsordnung. Dies kommt bereits in seiner Friedensnote vom Dezember 1916 zum Ausdruck, besonders aber in seinem berühmten 14-Punkte-Programm von 1917 als auch in seinem Plan zu Gründung des Völkerbunds. Durch die Verwirklichung des garantierten und gleichberechtigten Zugangs zu allen relevanten Märkten sollten die imperialistischen und kolonialistischen Rivalitäten der Großmächte, die Wilson als eine Hauptursache des Krieges erkannte, entschärft werden. Im Vergleich zum älteren System der Meistbegünstigung besitzt Open Door einige zentrale Unterschiede. Einerseits strebten ihre Protagonisten grundsätzlich multilaterale Vereinbarungen an, während Meistbegünstigung immer bilateral gewährt wurde. Zweitens zielte Open Door in erster Linie auf den Zugang zu Märkten, die entweder bereits von einer imperialen Macht kolonisiert wurden oder in Gefahr standen, kolonisiert zu werden. Vgl. *Cullinane/Goodall* Open Door.

3 Gemeint sind hier wahrscheinlich die Beschlüsse der alliierten Wirtschaftskonferenz, die im Juni 1916 in Paris stattfand. Hier hatten die Alliierten - noch ohne die zu dem Zeitpunkt neutralen USA - kurzfristig die Verschärfung des Wirtschaftskrieges sowie perspektivisch eine handelspolitische Nachkriegsordnung beschlossen, die gegenseitige handelspolitische Präferenzen mit der langfristigen Diskriminierung der Mittelmächte verband. Siehe *Schmidt*, Kriegsziele Englands.

4 Es ist nicht ganz klar, was mit diesen Begriffen konkret gemeint ist. Vermutet wird hier eine Kritik des Autors an den gemeinwirtschaftlichen Konzeptionen Wichard von Moellendorffs. Moellendorff war seit Mitte 1916 Leiter der Grundsatzabteilung des Reichskommissariats für die Übergangswirtschaft und hatte dort mehrere Denkschriften verfasst, insbesondere im Juli 1917 die „Denkschrift zur Übergangswirtschaft“. Letztere forderte eine allgemeine staatliche Aufsicht über die Unternehmen und deren Verpflichtung auf eine gemeinwohlorientierte Unternehmenspolitik. Sie wurde innerhalb des Berliner Politbetriebes kontrovers diskutiert und stieß auf breite Ablehnung. Möglicherweise warnte der Verfasser aber auch vor sozialdemokratischen Sozialisierungsbestrebungen, zumal der gemäßigte Flügel der SPD seit Juli 1917 erstmals an einer Mehrheitskoalition im Reichstag beteiligt war. Nicht ausgeschlossen, jedoch eher unwahrscheinlich ist eine implizite Kritik an der OHL, die einer Rückkehr zur freien Wettbewerbswirtschaft nach dem Krieg generell skeptisch gegenüberstand. Vgl. *Fisch*, *Strukturwandel*, 99-102